

SPAM-Info



Liebe Genossinnen und Genossen

Der National- und Ständeratswahlkampf ist bereits wieder Geschichte. Nichtsdestotrotz haben Daniel Jositsch und Mattea Meyer mit uns zusammen einen sehr engagierten Wahlkampf geführt und wurden mit dem relativ guten Ergebnis im Kanton Zürich auch belohnt. Das beweist einmal mehr, dass wir den Millionen der SVP mit einem kleinen Budget trotzen können. Nur wenn wir weiterhin so engagiert am Politleben teilnehmen, haben wir eine kleine Chance gegenüber dem rechten Block und können hoffentlich etwas bewegen in unserem Land. Ein grosses Dankeschön für Euer Engagement!!

Bereits am 28. Februar 2016 stehen wichtige Abstimmungen an (siehe Fenster unten rechts).

Wir stimmen über eine zweite Gotthardröhre für den Autoverkehr ab. Und das nachdem wir Milliarden für die NEAT investiert haben, um die Güter auf die Schiene zu bringen und damit die Alpeninitiative endlich wenigstens in Ansätzen umzusetzen! Schaut man genauer hin, so werden momentan der Suezkanal und Häfen in Italien massiv ausgebaut, um mehr Fracht für EUROPA hindurchschleusen zu können. Die Güter stauen sich dann am Alpenbogen. Quer durch die Schweiz wäre ein Ausbau des Gotthardtunnels höchst willkommen. Diese Waren sind mehrheitlich gar nicht für die Schweiz bestimmt. Das heisst, wir haben dann Verkehrsstau, die teils massiven Umweltbelastungen durch Lärm, Abgase, Dreck (Pneu- und Bremsscheiben-Abrieb, krebserregender Feinstaub) und die Länder nördlich von uns wie D und NL erhalten die Güter und profitieren von der kurzen Route. Wir haben eigentlich nur negative Folgen zu tragen. Wie Hedi Strahm immer sagt: „Wer Strassen sät wird Verkehr ernten“. Der geplante einspurige Betrieb in jeder Röhre ist sowieso illusorisch. Wie soll man beispielsweise einer holländischen Familie, welche an Ostern stundenlang im Stau steht und die freie Spur daneben sieht erklären, sie dürfen die Spur jetzt leider nicht benützen, sondern müssten auf der anderen Spur umso länger im Stau stehen? Deshalb braucht es ein klares NEIN, auch damit alle Fuhrunternehmer endlich auf die Bahn umsteigen.

Auf kantonaler Ebene ist es sehr wichtig, die Bildungsinitiative anzunehmen. Bildung ist eine unserer wichtigsten Ressourcen und ein Investition in die Zukunft. Ebenfalls ist es wichtig die Lohndumping-Initiative zu unterstützen. Damit schaffen wir ein neues, griffiges Instrument gegen Lohndumping

Ihr seht also, die Fraktionspräsidenten hatten am 9. Dezember bei der Bundesratswahl schon recht, als sie alle konstatierten: "die Schweiz steht vor grossen Herausforderungen". Packen wir es an!

Euch allen wünsche ich frohe Weihnachten und einen gefreuten Silvesterabend und alles Gute im 2016.

Herzlich Martina



Martina Niedermann
SP Altstadt/Mattenbach

Vorlagen & Parolen

vom 28. Februar 2016

National:

NEIN zur zweiten Gotthardröhre
NEIN zur Durchsetzungsinitiative
NEIN zur Ehe-Initiative
JA zur Spekulationsstopp-Initiative

Kantonal:

NEIN zum Notariatsgesetz
Nein zum Verwaltungsrechtspflegegesetz
JA zur Bildungsinitiative
JA zur Lohndumping-Initiative

Alle Jahre wieder: Die Budgetdebatte

von Silvana Naef und Benedikt Zäch, Mitglieder Grosser Gemeinderat

Wie in jedem Jahr war auch diesen Dezember die Budgetdebatte das bestimmende Geschäft im Grossen Gemeinderat. Zur Ausgangslage ist anzumerken, dass die Stadt sich finanziell noch immer in einer schwierigen Lage befindet, was massgeblich mit den auf Kantons- und Bundesebene beschlossenen Steuerausfällen und den steigenden Sozialhilfekosten zusammenhängt. Diese Probleme können jedoch nicht auf städtischer Ebene gelöst werden, sondern bedürfen einer kantonalen Lösung - insbesondere ist eine faire kantonale Verteilung der Sozialhilfekosten dringend notwendig, worauf die SP immer wieder hinweist.

Der Stadtrat legte ein ausgeglichenes Budget vor und beantragte zu diesem Zweck eine moderate Steuerfusserhöhung von 3%. Das ist weniger, als die meisten der Gemeinden rings um Winterthur an Steuerfusserhöhungen jetzt vornehmen mussten, nachdem jahrelang die Steuern nur gesenkt wurden. Gleichzeitig sprach sich der Stadtrat dafür aus, dass dem städtischen Personal nach vier Jahren wieder einmal der gesetzlich vorgeschriebene Stufenanstieg gewährt werden sollte. Es war klar, dass diese beiden Punkte am meisten zu reden geben würden. Um die Sache spannend zu machen, vermied es die GLP, die bei umstrittenen Vorlagen im Parlament immer wieder das Zünglein an der Waage ist, bis zum letzten Moment, ihre Haltung zu Steuerfusserhöhung und Lohnmassnahmen offenzulegen.

Viele der Diskussionen bewegten sich entlang der immergleichen Bahnen: Sparen um fast jeden Preis, auch mit pauschalen Kürzungen – jeweils ohne zu sagen, wo diese genau ansetzen sollten –, auf der bürgerlichen Seite, Appelle an das Mass und Schadensbegrenzung in der links-grünen Ratshälfte. Allzuviel Neues war nicht zu hören; verschiedenen sparbeflissenen Ratsmitgliedern scheinen aber langsam die Argumente und Beispiele auszugehen, wo und warum noch weiter abgestrichen werden könnte.

Die schmerzhafteste Veränderung, welche der Gemeinderat beim Budget vorgenommen hat, betrifft die erneute Streichung des Stufenanstiegs für das städtische Personal. Die durch die Sparprogramme Effort 14+ und Balance massiv zusätzlich belasteten städtischen Angestellten erhalten somit zum wiederholten Mal keine Lohnmassnahmen und lediglich eine Einmalzulage (als Kompromissantrag der EVP), welche voraussichtlich einige hundert Franken betragen wird. Vor allem ärgerlich waren pauschale Budgetkürzungen, deren Realisierung ungewiss ist – so wurde bei der Individuellen Unterstützung (Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Kleinkinderbe-

treuungsbeiträge, Alimentenbevorschussung) pauschal 0.5 Mio. und bei Honoraren, Büromöbelanschaffungen sowie Personalwerbungen Pauschalbeträge von einigen hunderttausend Franken gekürzt.

Vergeblich wurde darauf hingewiesen, dass unter «Honoraren» zum Beispiel Zivildienstleistende, notwendige ärztliche Gutachten und Ähnliches verbucht werden oder dass die Büromöbelanschaffungen unter anderem das Mobiliar für grösser werdende Schulklassen umfasst. Eine Mitte-Rechts-Ratsmehrheit unter Einschluss der GLP hatte dafür kein Gehör. Wenigstens scheiterten einige absurde und sinnlose Sparanträge (pauschale Kürzung von insgesamt ca. 5 Mio. bei der Individuellen Unterstützung, Schliessung Münzkabinett).

Auf der erfreulichen Seite ist zu vermerken, dass Steuererhöhungen diesmal, anders als in den letzten Jahren, kein Tabu mehr darstellten. Nachdem der Rat das Budgetergebnis durch Sparmassnahmen verbessert hatte, beschloss er auf Antrag der GLP um elf Uhr abends eine Erhöhung im Umfang von 2 %, die auch von der SP mitgetragen wurde.

Hartnäckig blieb die FDP mit einem Lieblingsthema: Nachdem sie mit einem Antrag auf eine vorzeitige Aufstockung der Polizeistellen scheiterte – seit längerem ist eine Weisung des Stadtrats fällig, welche einen Verzicht auf diese Aufstockung vorschlagen wird und bei Annahme durch den Gemeinderat auch noch vor das Volk muss –, stellte sie ganz am Schluss nochmals einen Rückkommensantrag, der aber gleichfalls von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde.

Insgesamt konnte die SP-Fraktion dem Budget, welches neben Ausgabenkürzungen auch Einnahmeerhöhungen beinhaltet, im Sinne eines Kompromisses zustimmen. Abgelehnt wurde das Budget von der SVP und der FDP, obwohl es massgeblich von einem bürgerlichen Stadtrat erarbeitet wurde.



NEUER TERMIN:

Freitag, 5. Februar 2016

Spaghettessen

19 Uhr, bei Paul Lehmann
Tösstalstr. 12, Winterthur

Anmeldungen an:
naef.silvana@gmail.com